



## **Gleichwertigkeitsbericht beschlossen**

Das Bundeskabinett hat am 03.07.2024 den ersten Gleichwertigkeitsbericht beschlossen. Der Bericht wurde unter der gemeinsamen Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) und des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI) erstellt. Er zeigt anhand von Indikatoren regionale Disparitäten auf und liefert ergänzend Einschätzungen zur Lebensqualität in den Regionen auf Basis von Befragungen.

Der Gleichwertigkeitsbericht trägt den Titel „Für starke und lebenswerte Regionen in Deutschland“. Er stellt den Stand und die Entwicklung der Lebensbedingungen auf Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise anhand von Indikatoren dar. Erstmals wurden für einen derartigen Bericht zudem die Einschätzungen der Bürgerinnen und Bürger zu den Lebensbedingungen in allen 400 Landkreisen und kreisfreien Städten Deutschlands erfasst. Vertiefend wurden in acht Regionen Fokusgruppeninterviews mit haupt- und ehrenamtlich tätigen Menschen geführt.

Die Erstellung des Berichts ist im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien auf Bundesebene festgelegt. Dort heißt es: *„Alle Bundesförderprogramme werden regelmäßig evaluiert und auf ihre räumliche Wirkung mit einheitlichen Datenstandards überprüft. Die Ergebnisse werden in einem periodischen Gleichwertigkeitsbericht veröffentlicht und die Fortschritte bezüglich gleichwertiger Lebensverhältnisse transparent gemacht. Das Monitoring ist verbindliche Grundlage für die Weiterentwicklung aller Förderprogramme.“*

## **Wesentliche Ergebnisse des Berichts**

Der nun vorgelegte Bericht stellt Fortschritte bei der Annäherung der Regionen beispielsweise bezüglich der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, der Arbeitslosenquote, der Lebenserwartung oder auch im Bereich der medizinischen Versorgung und Ganztagsbetreuung dar. Hinsichtlich einzelner Aspekte der Lebensbedingungen und Zukunftserwartungen bestehen jedoch deutliche regionale Unterschiede. Dies gilt etwa mit Blick auf den zu erwartenden Bevölkerungsrückgang gerade in den strukturschwächeren Räumen. Die Umfrageergebnisse belegen, dass die Menschen in Deutschland dennoch überwiegend mit ihrem Leben und ihrer Wohnsituation zufrieden sind.

Die Verknüpfung umfassender quantitativ erhobener Daten zum aktuellen Stand und Fortschritt der Lebensbedingungen mit qualitativ und quantitativ erhobenen Einschätzungen soll der Bundesregierung nun eine neue evidenzbasierte Grundlage für ihre Gleichwertigkeitspolitik geben.

Der Bericht bietet zudem eine systematische Beschreibung und Einordnung der Maßnahmen, Programme und Initiativen zur Stärkung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland. Darüber hinaus präsentiert er Ergebnisse zur räumlichen Verteilung des Mittelleinsatzes und zur Wirkung des Gesamtdeutschen Fördersystems für strukturschwache Regionen (GFS). Die Ergebnisse belegen laut Bundesregierung, dass die Mittel vor allem dort eingesetzt werden, wo der Handlungsbedarf objektiv am größten ist.

Der Bericht enthält auch Ansatzpunkte dazu, wie die Gleichwertigkeitspolitik der Bundesregierung weiter gestärkt werden kann – etwa durch die noch für diese Legislaturperiode geplante Weiterentwicklung des GFS, durch eine bessere Verzahnung auch der weiteren regionalpolitischen Maßnahmen oder durch einen verstärkten Austausch mit den Kommunen.

### **Weiteres Vorgehen der Bundesregierung**

Die Bundesregierung plant nach Vorlage des Gleichwertigkeitsberichts einen breit angelegten Folgeprozess zu initiieren, in dem die Weichen für eine weitere Stärkung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland gestellt werden sollen. In diesen Folgeprozess sollen auch die Länder, Kommunen, Sozialpartner und alle weiteren relevanten Stakeholder einbezogen werden.

Als Teil dieses Folgeprozesses wurde am 4. Juli 2024 eine öffentliche Konsultation des BMWK gestartet, die unter anderem dazu dient, Feedback zum Bericht sowie Ideen und Ansatzpunkte zur Weiterentwicklung des GFS und weiterer regionalpolitischer Maßnahmen zu erhalten.

### **Anmerkung:**

Der Gleichwertigkeitsbericht der Bundesregierung dokumentiert einmal mehr die strukturellen Unterschiede zwischen den Regionen auf. Hierbei zeigen sich Disparitäten sowohl zwischen Stadt und Land als auch zwischen Städten oder verschiedenen ländlichen Räumen. Viele der im Bericht dargestellten Erkenntnisse sind dabei weder neu noch überraschend. Bereits im Deutschland-Atlas im Zuge der Kommission gleichwertige Lebensverhältnisse und in weiteren Berichten wurden und werden regionale Disparitäten dokumentiert. Was fehlt ist die konsequente und dauerhafte finanzielle Unterstützung von Bund und Ländern, um dem Ziel der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse laut Grundgesetz gerecht zu werden. Hierbei sind struktur- und wirtschaftspolitische Maßnahmen und Instrumente wie die GRW und GAK zu nennen, deren Mittelausstattung auch im kommenden Haushalt der Bundesregierung nicht einbrechen darf. Im Gegenteil, angesichts steigender Kosten und zusätzlicher Förderbedarfe braucht es weitere Anstrengungen, damit durch die Instrumente die erwiesenen Hebeleffekte erreicht werden können.

Mit Blick auf das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse ist zudem festzustellen, dass viele Städte und Gemeinden kaum noch handlungsfähig sind. Für das kommende Jahr prognostizieren die kommunalen Spitzenverbände ein Defizit von mehr als 13 Mrd. Euro für die Kommunen. Diese Entwicklung trifft die strukturschwachen Regionen besonders hart. Gute Lebensbedingungen vor Ort benötigen handlungsfähige Kommunen, die in Infrastruktur und Angebote der Daseinsvorsorge investieren können.

Aus kommunaler Sicht ist anzustreben, über eine Stärkung ländlicher Räume auch eine Entlastung der Ballungsräume zu erreichen, etwa mit Blick auf den Wohnungsmarkt, die Verkehrssituation oder die Energiewende.

Der Bericht und die durchgeführte Methodik sind zu begrüßen und leisten durchaus einen ehrlichen Beitrag zur Debatte um gleichwertige Lebensverhältnisse und eine angemessene Förderpolitik. Doch die angekündigten Handlungsoptionen und Schlüsse kommen für diese Bundestags-Wahlperiode deutlich zu spät. Während sich die Spielräume für den Bundeshaushalt 2025 schließen, beginnt erst nach der Sommerpause die eigentliche Auswertung des Berichts.

**Weitere Informationen:**

Der Gleichwertigkeitsbericht 2024 der Bundesregierung ist abrufbar unter: [www.bmwk.de](http://www.bmwk.de)

Öffentliche Konsultation des BMWK zum Gleichwertigkeitsbericht: <https://konsultation.bmwk.de>

Informationen des BMI, insbesondere zu den Fokusgruppen zu gleichwertigen Lebensverhältnissen unter [www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de) .

*gr-ru*